

Antrag attac Wuppertal für den Herbststratschlag 2019

Initiative gegen die Abschaffung des Bargelds

Auf dem Plenum vom 08. Juli 2019 hat sich attac Wuppertal für eine Initiative bzw. Kampagne gegen die Abschaffung des Bargelds ausgesprochen.

Begründung

Angesichts drohender künftiger Finanzkrisen versucht derzeit ein Teil der Verantwortlichen Politik und Wirtschaft der finanzmarktgetriebenen Wirtschaft in kleinen Schritten die Abschaffung des Bargelds. Die ersten Schritte in diese Richtung sind bereits deutlich zu erkennen. Neben der quasi Abschaffung des 500-Euroscheins aus Gründen der sogenannten Kriminalitätsvorbeugung wird starke Propaganda betrieben für bargeldloses Bezahlen betrieben. Es existieren in einigen europäischen Ländern des Euroraums Einschränkungen im Hinblick auf Bargeldobergrenzen für den Erwerb von Gütern. Vorreiter für eine bargeldlose Wirtschaft ist Schweden. Dort ist es inzwischen üblich, bargeldlos zu bezahlen.

Die Gefahren in einer künftigen Finanzkrise sind enorm. Die Lasten werden mit Hilfe von Negativzinsen erneut auf die unschuldige Bevölkerung abgewälzt, ohne einer Möglichkeit, dem zu entkommen. Die gegenwärtigen politischen Diskussionen um ein mögliches Verbot von Negativzinsen deuten die Richtung zur Abschaffung des Bargelds an. Im Zweifel werden die Verantwortlichen darauf keine Rücksicht nehmen, um Groß- bzw. Investmentbanken, Hedgefonds oder große Vermögensverwalter zu retten mit dem Argument „to big to fail“ (zu groß zum scheitern).

Die zweite Gefahr besteht in der völligen Transparenz von Ein- aber besonders von Ausgaben der normalen Bevölkerung, und damit im Sinne eines Datenschutzes eine Art Totalüberwachung, während besagte Finanzmarktteilnehmer mit dem Verweis auf das Betriebsgeheimnis sich dem zumindest teilweise entziehen können.

Ferner könnte eine bargeldlose Welt in Zukunft ein Mittel zur Disziplinierung von „renitenten“ Bevölkerungsgruppen sein. Insbesondere Menschen, die sich gegen die Macht der Finanzinstitutionen wehren, könnten Banken den Zugang zu Konten oder Überweisungen mit einem Mausklick versperren und die davon Betroffenen ihrem Schicksal überlassen.

Als letzten Punkt verweisen wir auf erschreckende Möglichkeit, dass transnationale Unternehmen, wie z.B. Amazon oder Facebook, die Einführung einer eigenen digitalen Währung planen.